

# Politisches Engagement in den 70er-Jahren oder "Frauen gemeinsam sind stark!"

Autor(en): **Siegenthaler, Edith**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **87 (2009)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-342155>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Politisches Engagement in den 70er-Jahren oder «Frauen gemeinsam sind stark!»

Edith Siegenthaler

1968 gingen die jungen Leute in der sogenannten Ersten Welt auf die Strasse. Überall wurden die gesellschaftlichen Normen in Frage gestellt und es zeigte sich, dass diese nicht in Stein gemeisselt sind, sondern substanzielle Änderungen durchaus im Bereich des Möglichen liegen. Auch wenn es in der Schweiz nicht zu so spektakulären Ereignissen wie beispielsweise in Frankreich oder in Deutschland kam, so fand die Bewegung doch auch hier ihren Niederschlag – weit über das Jahr 1968 hinaus. Sie schufen neue Rahmenbedingungen für politisches Engagement und politisierten gesellschaftliche Gruppen, die bisher kaum in Erscheinung getreten waren. Eine dieser Gruppen ist die Frauenbefreiungsbewegung (FBB) Bern.

Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre gab es immer mehr junge Frauen, die sich politisch engagierten. Dies natürlich nicht nur in der Schweiz, sondern auch in vielen anderen westlichen Staaten. Heute spricht man von der Neuen Frauenbewegung. Diese entstand auch unter der Abgrenzung gegenüber den «68ern». Die Frauen bestanden darauf nicht mehr länger nur die «Tippsen» und «Kaffee-Kocherinnen» der Revolution zu sein, sondern selber konkrete Änderungen anzustreben und als autonome Menschen wahrgenommen zu werden, statt als nicht ganz ernst zu nehmendes «Anhängsel».

Um dies zu erreichen, bildeten sich sogenannte Selbsterfahrungsgruppen. In einer solchen Gruppe erzählten sich Frauen gegenseitig von ihrem bisherigen Leben und durchleuteten es insbesondere auf Zwänge, die ihnen auferlegt wurden, weil sie dem «schwachen Geschlecht» angehörten. In diesen Gruppen erfuhren viele Frauen zum ersten Mal, dass sie nicht die einzigen waren, die mit bestimmten Problemen konfrontiert waren. Vielmehr wurden die strukturellen Bedingungen für diese Probleme durch das Gespräch mit anderen ersichtlich. Daraus sollten politische Konsequenzen gezogen werden, denn «das Private ist politisch».

Eine «private» Angelegenheit, welche immer dringender nach einer politischen Lösung schrie, war die Frage der Abtreibung. Damals war es in der Schweiz verboten, abzutreiben. Je nach Kanton wurde das Verbot aber lockerer oder weniger locker gehandhabt. 1971 wurde eine Initiative für die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs eingereicht. 1976 wurde eine neue Initiative

für die Fristenlösung – die Legalisierung der Abtreibung bis zur 12. Schwangerschaftswoche eingereicht. Im Jahr darauf wurde diese Initiative knapp mit 51.7% abgelehnt. Der folgende Vorschlag des Bundes für eine Legalisierung unter strengen Auflagen, wurde an der Urne heftig verworfen, weil er den LegalisierungsbefürworterInnen zu wenig weit ging und den GegnerInnen zu weit.<sup>1</sup>

Diese Diskussionen um den Schwangerschaftsabbruch, fanden in den Selbsterfahrungsgruppen ihren Niederschlag und politisierten gleichzeitig weitere, bisher unbeteiligte Frauen. Der Slogan, der die Diskussionen in diesen Kreisen am besten zusammenfasst ist «Mein Bauch gehört mir!»: Frauen haben ein Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper. Es ist ihnen überlassen, ob sie ein Kind haben wollen oder nicht, weil es einen Eingriff in dieses Selbstbestimmungsrecht wäre, wenn man ihnen dies nicht gestatten würde. Mit dem Verbot der Abtreibung versuche der Staat die Mutterschaft als etwas Schicksalhaftes darzustellen, und damit die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau zu zementieren, die zur ökonomischen Abhängigkeit der Frau und letztlich zu deren gesellschaftlich minderwertigen Stellung führe.

Man blieb jedoch nicht alleine bei dieser Analyse. Das Thema Abtreibung wurde auf ganz verschiedenen Ebenen angegangen. Einmal ging es darum ganz konkret Hilfe anzubieten. Dazu wurde in Bern (und auch in Zürich und anderen grösseren Städten) die INFRA ins Leben gerufen. Dorthin konnten sich Frauen wenden, die beispielsweise ungewollt schwanger waren. In der INFRA wurden Adressen von Ärzten gesammelt, die eine liberale Haltung gegenüber Abtreibungen hatten oder selbst welche vornahmen. Gleichzeitig sammelte die INFRA auch Informationen zu anderen relevanten, aber tabuisierten Themen, wie zu Verhütung und Sexualität. Dazu gab sie Broschüren heraus, die den Frauen alle relevanten Angaben auf diesem Gebiet zur Verfügung stellte. Später wurden auch Beratungen zu Scheidung, Arbeitsplatz, Gewalt in der Ehe und so weiter durchgeführt. Noch heute können sich Frauen im Bollwerk in Bern zu diesen Themen bei der INFRA beraten lassen.

Die Abtreibungsfrage führte auch zur politischen Mobilisierung. 1975 fand der Frauenkongress anlässlich des von der UNO proklamierten Jahres der Frau statt. An dieser Veranstaltung sollte aber aus Rücksicht auf die katholischen Frauenverbände das Thema Abtreibung nicht diskutiert werden. Deshalb beschloss die FBB einen Anti-Kongress in Gäbelbach bei Bern durchzuführen, wo ausführlich das Thema Schwangerschaftsabbruch diskutiert werden konnte. Dieser Antikongress war die erste grosse Veranstaltung mit der die FBB Bern von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Ausserdem bot er für andere Frauen die Möglichkeit, die Bewegung kennenzulernen und ebenfalls einzusteigen.

<sup>1</sup> Die Fristenlösung wurde in der Schweiz schliesslich vor sieben Jahren, 2002, eingeführt.

Gleichzeitig wurden kleinere zum Teil skandalträchtige politische Aktionen organisiert. Anlässlich der parlamentarischen Debatte über die Fristenlösung nahmen einige Frauen volle Windeln mit auf die Zuschauertribüne und schmissen sie gegen die christlich-konservativen Nationalräte im Saal, die gerade ein Plädoyer gegen jegliche Liberalisierung hielten.

Im Vorfeld der Abstimmung zur Fristenlösung entfaltete die FBB Bern rege Aktivitäten, um der Vorlage zum Durchbruch zu verhelfen. Während mehreren Monaten hielten sie regelmässig Vorträge zum Thema Abtreibung. Diese Vorträge fanden in den ländlichen Gebieten des Kantons Bern statt, wo die Veranstaltungen nicht immer nur auf Gegenliebe stiessen, in jedem Fall aber eine Sensation darstellten – teilweise schon alleine durch die Tatsache, dass dazu ein Film gezeigt wurde.

Abtreibung war auch ein Thema bei den Demonstrationen zum Internationalen Tag der Frau, die ab Mitte der 70er Jahre regelmässig zum 8. März stattfanden. Allerdings nicht das einzige: Thematisiert wurde die Arbeitssituation von Frauen (was während der Wirtschaftskrise in den 70er Jahren genau so aktuell war wie heute) oder auch «Gewalt gegen Frauen». Ein Thema, das über die Bewegung hinaus erfolgreich weitergezogen werden konnte. Anfang 80er Jahre wurde das Frauenhaus Bern eröffnet.

Zu diesem Zeitpunkt war die FBB Bern bereits in der Auflösung begriffen. 1980 musste das Frauenzentrum an der Mühlemattstrasse wegen finanzieller Schwierigkeiten aufgegeben werden. Während fünf Jahren hatte das Frauenzentrum die Klammer um die bunt zusammengewürfelten Gruppen der FBB dargestellt. In diesem Zentrum traf man sich regelmässig, um gemeinsam zu essen, sich zu unterhalten oder neue Aktionen zu planen. Männer hatten keinen Zutritt zum Zentrum. Dies wurde mit der Erfahrung begründet, dass sich viele Frauen in der Anwesenheit von Männern nicht zutrauten, die eigene Meinung vor einem Plenum zu formulieren.

Im Frauenzentrum trafen sich die verschiedenen Gruppen der FBB zu ihren Sitzungen und es gab über eine interne Zeitung und Plenen auch einen Austausch über die verschiedenen Gruppen hinweg. Grob lassen sich die Gruppen in sechs Kategorien von Engagement einteilen: Selbsthilfe, Politische Arbeit, Theorie, Freizeitgestaltung, Interna und konkrete Projekte. Unter Interna fielen insbesondere Koordinationsversuche und die Herausgabe der Zeitung. Die konkreten Projekte wurden in ad hoc, alleine zu diesem Zweck gebildeten Gruppen umgesetzt. Die Radiogruppe bereitet beispielsweise einen Auftritt der FBB Bern in einer Sendung auf Radio DRS vor.

Unter Selbsthilfegruppen sind solche zu verstehen, die sich zum Ziel gesetzt haben, durch den Erfahrungsaustausch von einander zu lernen, sich Wissen anzueignen und dieses Wissen anderen Frauen zur Verfügung zu stellen. So gab es beispiels-

weise während kurzer Zeit eine Auto-Mech-Gruppe, in welcher man verstehen wollte, wie ein Auto funktioniert und wie man es reparieren kann, damit man beim nächsten platten Reifen nicht hilflos am Strassenrand auf einen netten Mann warten müsste. Aber die grösste Selbsthilfegruppe war die bereits oben erwähnte INFRA, die ein damals einmaliges Angebot darstellte. Sie wurde aber nicht als selbstlose, karitative Geste konzipiert, sondern sollte dazu beitragen, dass sich die Frauen erstens emanzipierten und zweitens für Frauenanliegen engagierten, indem sie beispielsweise der FBB beitraten.

Gruppen, die sich mit politischer Arbeit befassten, beschäftigten sich beispielsweise mit der Mutterschaftsschutzinitiative. Die Initiative sollte ein Grundproblem arbeitender Mütter gesetzlich regeln. Bereits im Fabrikgesetz von 1864 wurde es verboten, Frauen in den acht Wochen nach der Niederkunft arbeiten zu lassen. Wie diese Zeit finanziell zu überbrücken sei, wurde jedoch nicht geregelt. Die InitiantInnen forderten zur Behebung dieses Missstandes einen umfassenden Elternurlaub bei der Geburt eines Kindes. Um die Initiative zu unterstützen, wurde Informationsmaterial erstellt und im Frauenzentrum wurde ein nationales Sekretariat eingerichtet, das die Kampagne des gesamten Initiativkomitees koordinierte.<sup>2</sup> Andere konkrete politische Arbeiten, mit denen sich Teile der FBB befassten, waren diverse Vorlagen, welche sich auf die Liberalisierung der Abtreibung bezogen, aber auch Themen wie die Krankenkassensubventionen oder die Abstimmung zur BUSIPO, zur Bundessicherheitspolizei.

In der FBB Bern wurden auch theoretische Texte diskutiert. Bereits in den Selbsterfahrungsgruppen ging es oft darum, sich Texte anzueignen und auf die persönliche Situation zu beziehen. Wer sich besonders für diesen theoretischen Zugang interessierte, konnte sich beispielsweise der Theoriegruppe anschliessen. Dort ging es in einem ersten Schritt darum, sich die Terminologie zur marxistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse anzueignen und sie auf die Situation der Frau anzuwenden. Bei diesen Diskussionen kam die Gruppe zum Schluss, dass mit dem Sturz des Patriarchats auch der Sturz des Kapitalismus erfolgen würde, umgekehrt eine nichtkapitalistische, aber patriarchale Gesellschaft durchaus denkbar war. Mit dieser Erkenntnis bewegte sich die Theoriegruppe im Bereich des Radikalfeminismus und grenzte sich immer mehr gegenüber anderen feministischen Strömungen, insbesondere der sozialistischen und der kulturfeministischen ab. Dies führte über die Gruppe hinaus zu immer heftigeren Spannungen innerhalb der FBB, aber auch innerhalb der ganzen Neuen Frauenbewegung. Dies war mit ein Grund, weshalb sich die FBB Bern 1980 auflöste und die Protagonistinnen sich fortan in separaten Gruppen weiterengagierten. Die Theoriegruppe war unter dem Namen Radikalfeministinnen Bern-Fribourg-Biel noch bis 1983 aktiv.

<sup>2</sup> Die Mutterschaftsschutzinitiative wurde allerdings im Dezember 1984 klar verworfen und eine Mutterschaftsversicherung gibt es in der Schweiz seit vier Jahren, seit 2005!

Bei der Betrachtung der letzten Art von Gruppen, denjenigen zur Freizeitgestaltung, kann gezeigt werden, wie weit das feministische Engagement griff, denn diese Freizeitgestaltung war keineswegs völlig apolitisch. Einerseits befasste man sich mit körperlichen Aktivitäten wie Ausdruckstanz. Andere konzentrierten sich eher auf kulturelle Aktivitäten wie die Filmgruppe oder die Singgruppe. Letztere trat immer wieder mit frechen, politischen Liedern in Erscheinung. Einerseits sangen sie die bekannten Arbeiterlieder und die in der französischen und vor allem der deutschen Frauenbewegung bekannten Lieder. Andererseits schrieben sie auch selber Lieder, die hochpolitisch waren: Sie setzten sich mit den Rollenbildern in der Gesellschaft auseinander und bezogen sich direkt auf aktuelle politische Fragen wie die Fristenlösung oder der Mutterschaftsurlaub.

Diese verschiedenen Gruppen machten das politische Engagement der FBB Bern aus. Sie boten die Möglichkeit, sich in einem Rahmen zu engagieren, der den Bedürfnissen der einzelnen Rechnung trug. Die FBB Bern konnte diesen Rahmen vorübergehend bieten und Synergien zwischen den verschiedenen Gruppen generieren.

Edith Siegenthaler, Jahrgang 1983, ist Historikerin und hat ihre Lizentiatsarbeit zur Frauenbefreiungsbewegung Bern verfasst.